



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Antrag Nr. 14/284

öffentlich

Datum: 11.10.2019
Antragsteller: CDU, SPD

Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	02.12.2019	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	03.12.2019	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	09.12.2019	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	16.12.2019	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Entwicklung und Implementierung einer Digitalisierungsstrategie im LVR unter Beteiligung der Bürger*innen, Mitgliedskörperschaften, Mitarbeiter*innen und Expert*innen; Haushalt 2020/2021

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Digitalisierungsstrategie zu entwickeln und im Verband zu implementieren. Angesichts der Aufbauphase des neuen Dezernats wird hierzu auch auf externe Expertise zurückzugreifen sein.

Die Digitalisierungsstrategie soll unter anderem ethische und soziale Fragestellungen, Haltung und Kultur des LVR zu den drängenden Themen dieser Zeit beinhalten. Dabei sollen vor allem die Veränderungen in der Arbeitswelt sowie die Kommunikationsstrukturen und Leistungsbeziehungen zu den Zielgruppen des LVR beleuchtet werden.

In einem sowohl nach innen als auch nach außen gerichteten partizipativen Entwicklungsprozess sollen nach Möglichkeit insbesondere die Bürger*innen, Mitgliedskörperschaften und Mitarbeiter*innen, aber auch Expert*innen aus Wirtschaft und Wissenschaft miteinbezogen werden.

Die so gewonnen (Zwischen-)Ergebnisse sollen auf einer Fachtagung oder in einem ähnlichen Format einem breiten Publikum präsentiert werden.

Die finanziellen Auswirkungen – auch durch die Einbeziehung von externen Expert*innen resultierenden Kosten sind bei der Planung des kommenden Doppelhaushaltes mit zu berücksichtigen.

Ergebnis:

Entsprechend Beschlussvorschlag beschlossen.

Begründung:

Die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie wird für den LVR eines der zentralen Aufgabenfelder des neu geschaffenen LVR-Dezernates sein. Die aus der Digitalisierung resultierenden sozialen, ethischen und wirtschaftlichen Entwicklungen haben nämlich einen großen Einfluss auf die Aufgabenerfüllung und Arbeitsprozesse des LVR. Der LVR will seinen Leitzielen in der sich immer rascher verändernden digitalen Welt auch weiterhin unter seinem Leitgedanken „Qualität für Menschen“ gerecht werden. Daher ist eine Digitalisierungsstrategie zu entwickeln.

Aufgrund der Komplexität der Leistungsbeziehungen und den anstehenden, rasanten Veränderungen ist es unerlässlich, sich interdisziplinär mit den Protagonisten aus Verwaltung (Mitgliedskörperschaften, KGSt, kommunale Spitzenverbände, KAV, digitale Modellregionen...), Wirtschaft (IHK, Unternehmen...) und Wissenschaft (Hochschulen, Forschungszentren...) zu vernetzen und auszutauschen. Insbesondere in der personellen und organisatorischen Aufbauphase wird es erforderlich sein, für die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie in begrenztem Umfang und ergänzend auch auf externe Expertise zurückzugreifen.

Auf diese Weise können (Experten-)Wissen gebündelt und verschiedene Perspektiven betrachtet werden. Auf Erfahrungen aus den Kommunen, wie zum Beispiel Duisburg auf dem Weg zur „smart city“ oder „Digitale Modellregionen (wie zum Beispiel Aachen und Wuppertal)“, soll zurückgegriffen werden. Ebenso gilt es, den Austausch im Rahmen der Gremien der kommunalen Spitzenverbände und der KGSt aufzubauen.

Auch im Hinblick des Changemanagements ist es von großer Bedeutung, dass neben der eigenen Fachexpertise des LVR auch die Bürger*innen, die Mitgliedskörperschaften und die Mitarbeiter*innen zu Wort kommen und an dem Entwicklungsprozess beteiligt werden. Das Know-how aus den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft ist gerade auch während der Aufbauphase des neuen LVR-Dezernates 6 eine wertvolle Bereicherung. Durch eine solche breit gefächerte Beteiligung wird dem Leitgedanken „Qualität für Menschen“ Rechnung getragen. Gleichzeitig können die Kommunikationsstrukturen und Leistungsbeziehungen vorangebracht und Prozesse zukunftssicher weiterentwickelt werden.

Frank Boss MdL

Thomas Böll